

**ERNEUTE BETEILIGUNG DER BEHÖRDEN
UND SONSTIGER TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE
AN DER BAULEITPLANUNG**
gemäß § 4a Abs. 3 Satz 1-3 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. § 13 a Abs. 2 Nr. 1
BauGB

Mit der Beteiligung wird Ihnen als Träger öffentlicher Belange die Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen Ihrer Zuständigkeit zu einem konkreten Planverfahren gegeben. Zweck der Stellungnahme ist es, der Gemeinde die notwendigen Informationen für ein sachgerechtes und optimales Planungsergebnis zu verschaffen. Die Stellungnahme ist zu begründen, die Rechtsgrundlagen sind anzugeben, damit die Stadt den Inhalt nachvollziehen kann.
Die Abwägung obliegt der Stadt Gießen.

**Entwurf des Bebauungsplanes
GI 01/26 „Südanlage/Bismarckstraße“**

Frist für die Stellungnahme (Posteingang): Freitag, der 27. April 2018

Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange / Nachbargemeinde

Absender: Datum:
.....
..... Telefon:
..... Telefax:
..... Bearbeiter:
..... Az.:

- Keine Äußerung
- Keine Beteiligung zur Offenlegung des Bebauungsplan-Entwurfes mehr notwendig, sofern sich nicht wesentliche Änderungen der Planungsziele ergeben.

1. Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung oder ähnliches der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen).

Einwendung:

Rechtsgrundlage:

Möglichkeiten der Überwindung:

2. Fachliche Stellungnahme (abwägungsfähige Sachverhalte)
 - a) Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o.g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands

 - b) Sonstige fachliche Informationen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage

Ort, Datum

Unterschrift, Dienstbezeichnung